

der Städte und Gemeinden der BRD von 45,5 Milliarden im Jahre 1970 auf rund 100 Milliarden DM 1978 stieg. Je Bürger sind das 1640 DM Schulden, in Düsseldorf sogar 3000 DM. Die hemmungslose militärische Aufrüstung fordert auch hier ihren Tribut. Was in Waffen gesteckt wird, fehlt für Bildungs-, Erholungs-, Verkehrs-, Dienstleistungseinrichtungen, Für sozialen Wohnungsbau. Jede dritte von den Kommunen verausgabte DM wird für Zinsen und die Rückzahlung von Krediten benötigt. Aber nicht genug damit. Die Bundesregierung forderte noch mehr Schulden zugunsten von Investitio-

hemmungslose Aufrüstung fordert ihren Tribut

Das zentralisierte Kapital irängt zur Konzentration der politischen Macht auf der obersten Stufe der staatlichen Machttausübung. Das findet seinen Ausdruck in den Ergebnissen der in den 60er Jahren begonnenen und 1978 abgeschlossenen Gebietsreform. Mit der Schaffung größerer Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten im kommunalen Bereich wurde zugleich der Einfluß der demokratischen Kräfte zurückgedrängt. Die Weisungsbefugnisse der Bundesregierung auf politischem und finanziellem Gebiet wurden erweitert.

In Niedersachsen verringerte sich beispielsweise durch die Gebietsreform die Zahl der selbständigen Gemeinden von 1000 auf 400. Dabei wurden 10000 von der Bevölkerung erwählte Gemeindevertreter ihrer Mandate enthoben. In Jarburg, dem 18 ehemals selbständige Gemeinden zugeordnet wurden, verringerte sich die Zahl der Abgeordneten von 353 auf 59. Während sich zuvor unter diesen Gemeindevertretern Bauern, Handwerksmeister, Arbeiter, Angestellte und Beamte befanden, blieben am

Ende fast nur noch Beamte übrig. Der Druck der Monopole auf die Kommunen ist vielfältig. Das Großkapital zwingt die Kommunen, ihm zu billigem Preis oder sogar unentgeltlich Baugrund zu überlassen, dessen Erschließung zu finanzieren und andere Vergünstigungen zu gewähren. In Nordhorn beispielsweise mußte die Stadt mit drei Millionen DM Steuergeldern ein Anschlußgleis zu einem Bauunternehmen finanzieren, obwohl auf diesem sehr selten Waggon bewegt werden. Es gibt fast kein Gesetz ohne einen Rattenschwanz von Sonderbestimmungen, die, genau besehen, in der Regel Konzerninteressen berücksichtigen. Ob es sich um das Wasserhaushaltssicherungsgesetz, um die Bundestarifordnungen für Strom und Gas oder um die Steuergesetzgebung handelt: Die Kommunen werden in ihrer Entscheidungshoheit beschnitten und gesetzlich gezwungen, den Konzernen Sonderzustände zu machen. Schließlich sind das Großkapital und seine hemmungslose Bodenspekulation auch Schuld

Ende fast nur noch Beamte übrig.

Der Druck der Monopole auf die Kommunen ist vielfältig. Das Großkapital zwingt die Kommunen, ihm zu billigem Preis oder sogar unentgeltlich Baugrund zu überlassen, dessen Erschließung zu finanzieren und andere Vergünstigungen zu gewähren. In Nordhorn beispielsweise mußte die Stadt mit drei Millionen DM Steuergeldern ein Anschlußgleis zu einem Bauunternehmen finanzieren, obwohl auf diesem sehr selten Waggon bewegt werden.

Es gibt fast kein Gesetz ohne einen Rattenschwanz von Sonderbestimmungen, die, genau besehen, in der Regel Konzerninteressen berücksichtigen. Ob es sich um das Wasserhaushaltssicherungsgesetz, um die Bundestarifordnungen für Strom und Gas oder um die Steuergesetzgebung handelt: Die Kommunen werden in ihrer Entscheidungshoheit beschnitten und gesetzlich gezwungen, den Konzernen Sonderzustände zu machen. Schließlich sind das Großkapital und seine hemmungslose Bodenspekulation auch Schuld

daran, daß der Mietwucher ein nie gekanntes Ausmaß angenommen hat. Häufig müssen Familien bis zu 40 Prozent des monatlichen Einkommens für die Miete aufbringen. 800000 Bürger leben in Notunterkünften und Obdachlosenasylen, weil sie die Phantasiemieten und unerhörten Kaufsummen nicht aufbringen können. Dem gegenüber stehen 350000 Wohnungen leer. Keine Kommune ist in der Lage, diesen Schreien den Widerspruch zu lösen.

Eine echte, an den Interessen der Bürger orientierte Kommunalpolitik erfordert Kampf gegen die Allmacht der Monopole. Nur so können die verfassungsmäßigen Rechte der Parlamente erhalten und ausgebaut werden. Die DKP stellt diese Aufgabe in ihrem neuen Parteiprogramm, in dem sie sich für die „Stärkung der demokratischen Selbstverwaltung“ einsetzt und sich gegen alle Maßnahmen wendet, „die darauf abzielen, durch Zentralisierung von Entscheidungsbefugnissen und Finanzmitteln demokratische Selbstverwaltungs- und Bürgerrechte abzubauen“.

In den kommunalpolitischen Grundsätzen der DKP heißt es ergänzend: „Die DKP sagt aber auch in aller Deutlichkeit, daß zur grundlegenden Lösung auch der Probleme, die vor den Städten und Gemeinden stehen, die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die Verwirklichung des Sozialismus notwendig ist. Unter sozialistischen Bedingungen ist der Widerspruch zwischen den Profitinteressen einer kleinen Gruppe von Besitzenden und den Interessen des arbeitenden Volkes aufgehoben. Es gibt keinen Widerspruch mehr zwischen Bankherren, die riesige Gewinne machen wollen, und Gemeinden, die billige Kredite brauchen.“

Werner Flach